

*Volksabstimmung 13. Juni 2021*

Mit dem CO₂-Gesetz kommt das KMU-Massensterben!



Wegen Corona wurden tausende Verkaufsgeschäfte stillgelegt; viele Gastrobetriebe sind ruiniert. Das ortsgebundene KMU-Gewerbe muss Millionenverluste verkraften. **Hunderte, tausende Existenzen sind in Gefahr.**


In harter Konkurrenz zu den ausländisch beherrschten Online-Giganten müssen die ihrer


Reserven beraubten KMU-Betriebe wieder Fuss fassen: Ein ungleicher Kampf.


Wer den KMU-Betrieben mit dem CO₂-Gesetz Treibstoff- und Heizkosten massiv verteuert, wird zum **Mörder der Schweizer KMU-Wirtschaft**. Und raubt der Jugend die Zukunft, weil mit der KMU-Wirtschaft tausende Lehrstellen verschwinden.


Am 13. Juni 2021: «Nein zum CO₂-Gesetz»


All diese Abzock-Zusatzabgaben, all diese Schikanen will Rot-Grün durchsetzen:

 **Benzinpreis-Aufschlag** von zwanzig Rappen (belastet eine Familie um rund Fr. 500.–/Jahr).

 **Heizöl-Strafgebühr:** Fr. 2'200.– pro Haushalt/Jahr.

 **Strassenbenutzungsgebühr** (Road Pricing, im Departement Sommaruga bereits ausgearbeitet): Fr. 1'000.– pro zehntausend Kilometer.


 **Abgabe für die Nutzung von Atomstrom** (CO₂-frei!): Fr. 500.–/Jahr.


 **Solarstromverpflichtung:** Fr. 2'600.– pro Haushalt/Jahr.


CO₂


EU-Migration

Asylwesen

 **Schluss mit Steuerabzügen für Kinder** (Kinder werden als Energieverschleuderer gebrandmarkt!), Pendler etc.

 **Verdoppelung der Flugpreise:** Fliegen dürfen nur noch die Reichen.

 **Verbot von Benzinautos und Ölheizungen.** Resultat: Explosion der Mietkosten.

 **Und als Ausgleich verlangt Links-Grün ein bedingungsloses Grundeinkommen für Alle** von Fr. 2'500.–/Monat.

Masseneinwanderung heisst Energieverschleiss

Wo die Bevölkerung zusammengeballt wird, nimmt der Energieverbrauch zu. Menschen müssen versorgt und Verbrauchtes muss entsorgt werden. Sie verbringen ihre Freizeit auswärts, verwenden immer mehr elektrische Geräte und Dienste. **Die Digitalisierung verschlingt Unmengen von Energie.**

Die Menschenmassen verlangen jederzeit exzellente medizinische Versorgung und in Notfällen keineswegs energiesparende Behandlung in den Spitälern.

Mit den Menschenmassen kommt auch die Bauwut, die erbarmungslos Grünflächen zubetoniert. Man nennt dies «Verdichtung».

Linksgrün behauptet, für gesunde Umwelt zu sorgen. Die Linksgrünen sind gleichzeitig die lautstärksten Befürworter der Masseneinwanderung. Denn je dichter Wohnen der Bevölkerung verordnet wird, desto mehr Gebühren fallen an. Zur Rechtfertigung dieser **Doppelmoral** präsentieren sie schlicht lächerliche

Behauptungen: Wer zum Beispiel aus Uganda in die Schweiz komme, verbrauche hier gleich viel Energie wie in Uganda.

Genoss er in Uganda auch eine mit allem Nötigen ausgerüstete **Gratis-Unterkunft – auf Kosten anderer?** Ist der Lebensstandard und somit auch der Energieverbrauch in der Schweiz gleich wie in Uganda?

Wenn dem so wäre: Warum ist er denn überhaupt nach Europa gekommen? **Im Klartext:** Der in die Schweiz gereiste Ugander verbraucht hier rund das **Zehnfache der Energie**, die er zuvor zu Hause in Uganda verbraucht hat.



Wer – wie die Linksgrünen – die Masseneinwanderung fördert, schont weder Ressourcen noch Energie. Er will bloss hiesigen Leistungsträgern immer höhere Gebühren, immer höhere Abgaben abzwacken. **Nicht zuletzt zu seinem ganz persönlichen Nutzen.**

Am 13. Juni 2021:

«Wir sind ja reich»

Aus Funktionärskreisen wird behauptet, wir «Reichen» könnten uns jede Energieverteuerung ohne weiteres leisten.

Natürlich: Die Funktionärskaste blieb von den verheerenden Einnahmehausfällen, welche insbesondere das KMU-Gewerbe in der Corona-Zeit teils existenzbedrohend getroffen haben, vollumfänglich verschont.

Um so unverschämter wollen die Funktionäre alle Unternehmer mit neuen Auflagen und Gebühren abzocken – um damit weiteren Ausbau der Funktionärsbürokratie in der dem Staat zu unterwerfenden Energiewirtschaft herbeizuführen.



Roger Nordman, SP



Jürg Grossen, GLP



Eric Nussbaumer, SP

Linksgrüne Gebührenmonster

Linksgrün will angeblich die CO₂-Nullbilanz erreichen. Aber nicht Nullverbrauch von Energie ist das Ziel. **Das Ziel lautet ganz anders:** Wer etwas produziert, wofür er Energie braucht, muss eine hohe Ablass-Steuer auf CO₂ in einen Klimafonds leisten.

Dies zusätzlich zu allen bereits existierenden Abgaben und Steuern. Und wer profitiert vom millionenschweren Klimafonds? All jene, die Links-Grün als «klimafreundlich» etikettiert.

Zum Beispiel der Verband «Swiss-Solar», wo SP-Nationalrat Roger Nordmann das Sagen hat.

Zum Beispiel «Swissclean», wo Jürg Grossen, Präsident der Grünliberalen, das Sagen hat.

Zum Beispiel die «ADEV-Energiebaugenossenschaft», wo SP-Nationalrat Eric Nussbaumer das Präsidium, FDP-Nationalrätin Christa Markwalder, das Vizepräsidium des Verbands innehat.

Diejenigen, die in der Schweiz den «Karren schleichen», vor allem abertausende KMU-Unternehmer, werden masslos geschröpft – auf dass sich Umweltaktivisten masslos bereichern können.

Übrigens: Auch die Umverteiler, zumeist staatliche Funktionäre, arbeiten keineswegs gratis.

«Nein zum CO₂-Gesetz»

Deshalb:

 Schweizerische Eidgenossenschaft
 Confédération suisse
 Confederazione Svizzera
 Confederaziun svizra

Stimmzettel für die Volksabstimmung vom 13. Juni 2021

 Wollen Sie das «Bundesgesetz über die Verminderung von Treibhausgasemissionen (CO₂-Gesetz)» annehmen?

Antwort

Nein

«Bloss Kompromiss»:

Linksgrüner Raubzug soll weitergehen

Für die Klima-Aktivisten ist das CO₂-Gesetz «bloss ein Kompromiss» (Tages-Anzeiger, 23. Dez. 2020). Nach dem Ja zum CO₂-Gesetz müssten rasch weitere **hohe Ablass-Abgaben** auf dem CO₂-Verbrauch erhoben werden.

Mit einschneidenden Auflagen, die den Wirtschaftsablauf insgesamt umfassend reglementieren – und verteuern! Insbesondere müssten Energieverbrauch und Mobilität massiv verteuert werden. Ein Programm, das beispielsweise der Präsident der Grünliberalen, Jürg Grossen, begeistert befürwortet.

Sie schwärmen fürs Klima – zerstören aber Familien und KMU-Gewerbe

Leistungsträger oder Schmarotzer?

↓ **Tamara Funicello (SP, BE):** Kein Beruf. Berufspolitikerin.

↓ **Delphine Klopfenstein (Grüne, GE):** Kein Beruf. Nennt sich Soziologin und Co-Generalsekretärin Grüne GE. Berufspolitikerin.

↓ **Isabelle Pasquier-Eichenberger (Grüne, GE):** Koordinatorin Alpenschutz-Initiative (Abstimmung 1994). Berufspolitikerin.

↓ **Thomas Brunner (Grüne, SG):** Klimatologe. Zuvor Lufthygieniker in der öffentlichen Verwaltung. Heute also Berufspolitiker.

↓ **Katharina Prelicz-Huber (Grüne, ZH):** «Professorin», früher Sozialarbeiterin. Heute Berufspolitikerin.

↓ **Nicolas Walder (Grüne, GE):** Kein Beruf. Berufspolitiker.

↓ **Meret Schneider (Grüne, ZH):** Co-Geschäftsleiterin von «Progressive Politik für Tiere». Berufspolitikerin.

↓ **Celine Widmer (SP, ZH):** Kantonsrätin (als Beruf). Jetzt Job bei Corinne Mauch, Stadtpräsidentin Zürich.

↓ **Mattea Meyer (SP, ZH):** Berufspolitikerin

Ich bestelle Abstimmungsmaterial

Per Internet flyer-ueberall.ch/schweizerzeit-co2: Flyer verteilen lassen

Mit wenigen Klicks die Verteilung in Ihrer oder allenfalls weiteren Gemeinden spenden.

Per Internet schweizerzeit.ch/co2: Flyer verteilen lassen, Einzahlungsschein, «Schweizerzeit»-Sonderdruck, «Schweizerzeit» zur Probe

Per Telefon **052 301 31 00 (Bürozeiten)**: Flyer verteilen lassen, Einzahlungsschein, «Schweizerzeit»-Sonderdruck, «Schweizerzeit» zur Probe

Per Post: Abstimmungsmaterial gemäss Talon

Name / Vorname

Strasse, Nr.

PLZ, Wohnort

E-Mail

Telefon/Mobile

☐ Flyer verteilen lassen. Ich wünsche die Verteilung in folgenden Gemeinden:

☐ Einen Einzahlungsschein für Spende

☐ (Anzahl) Exemplare des «Schweizerzeit»-Sonderdrucks

☐ Eine «Schweizerzeit» zur Probe